

Studien zum Öffentlichen Recht, Völker- und Europarecht

Herausgegeben von Prof. Dr. Eckart Klein

Oxana Syuzyukina

Einreise und Integration von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation

Eine rechtsvergleichende Untersuchung

22

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	25
Einleitung	33
A. Einführung in die Problematik.....	33
B. Ziel und Gegenstand der Untersuchung.....	34
C. Abgrenzungsfragen und Begriffliches	35
D. Gang der Untersuchung.....	35
 1. Kapitel: Die gesetzliche Regelung der Zuwanderung in der Bundesrepublik Deutschland.....	 37
A. Die gesetzliche Regelung der Zuwanderung	37
I. Der Begriff der Einwanderung	37
II. Die historische Entwicklung der Zuwanderung und ihre gesetzliche Regelung in der Bundesrepublik Deutschland	 39
1. Die historische Entwicklung der Zuwanderung	39
a) Die erste Phase der Zuwanderung	39
b) Die zweite Phase der Zuwanderung	40
c) Die dritte Phase der Einwanderung	40
d) Die vierte Phase der Einwanderung	41
e) Die fünfte Phase der Einwanderung	42
2. Überblick über die rechtlichen Grundlagen der Zuwanderung in Deutschland.....	 42
a) Ausländergesetz von 1965	42
b) Das Ausländergesetz 1990	43
c) Rechtsänderungen von 1992 bis 2004	44
d) Zuwanderungsreform 2004	46
III. Das Zuwanderungsrecht im Rahmen europäischer Reform einer Flüchtlings- und Migrationspolitik	 49
IV. Das Zuwanderungsgesetz als Grundlage des deutschen Ausländerrechts.....	 52
1. Zweck des Gesetzes	52
2. Anwendungsbereich und Personenkreise	54
a) Vorrangsregelungen.....	54
aa) Vorrang von Spezialgesetzen.....	55

bb)	Ausnahmen von der Anwendung.....	55
b)	Türkische Staatsangehörige.....	56
c)	Die Staatenlosen	57
B.	Daten und Fakten zur Situation von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland.....	58
I.	Zum Begriff des Ausländers.....	58
II.	Die Gruppen der Ausländer	60
III.	Zahlen und Fakten zu den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländern.....	62
IV.	Aufenthalts- und niederlassungsrechtliche Stellung von Ausländern	64
1.	Aufenthaltstitel	64
2.	Die Erteilung eines Aufenthaltstitels.....	66
a)	Allgemeine Voraussetzungen für die Erteilung eines Aufenthaltstitels nach § 5 Abs. 1 AufenthG.....	67
aa)	Erfüllung der Passpflicht i. S. d. § 3 Abs. 1 AufenthG.....	67
bb)	Sicherung des Lebensunterhalts	67
cc)	Geklärte Identität und Staatsangehörigkeit	68
dd)	Nichtvorliegen von Ausweisungsgründen	69
ee)	Keine Beeinträchtigung oder Gefährdung von Interessen der Bundesrepublik Deutschland.....	69
b)	Besondere Voraussetzungen für die Erteilung eines Aufenthaltstitels.....	70
aa)	Ordnungsgemäße Einreise	70
(1)	Befreiung von der Visumpflicht.....	70
(2)	Erforderliches Visum	71
bb)	Maßgebliche Angaben.....	71
cc)	Absehen von der Erfüllung der Visumpflicht, § 5 Abs. 2 S. 2 AufenthG.....	71
dd)	Ausnahmen zugunsten von Flüchtlingen	72
ee)	Fehlende Versagungsgründe	72
c)	Weitere Voraussetzungen für die Erteilung eines Aufenthaltstitels	72
aa)	Voraussetzungen der Aufenthaltserlaubnis.....	72
(1)	Erfüllung der besonderen Erteilungsvoraussetzungen	73
(2)	Erfüllung der allgemeinen Voraussetzungen.....	73
(3)	Fehlen eines Versagungsgrundes.....	73
bb)	Voraussetzungen der Niederlassungserlaubnis	73
(1)	Besitz der Aufenthaltserlaubnis seit fünf Jahren nach § 9 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 AufenthG	74

(2) Sicherung des Lebensunterhalts gem. § 9 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 AufenthG	75
(3) Altersvorsorge, § 9 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 AufenthG.....	75
(4) Kein Verstoß gegen öffentliche Sicherheit und Ordnung	75
(5) Zulassung zur Erwerbstätigkeit, § 9 Abs. 2 S. 1 Nr. 5 und Nr. 6 AufenthG.....	76
(6) Hinreichende Integration, § 9 Abs. 2 S. 1 Nrn. 7–8 und S. 2 bis 5 AufenthG.....	76
(7) Besitz von ausreichendem Wohnraum gem. § 9 Abs. 2 S. 1 Nr. 9 AufenthG.....	77
cc) Voraussetzungen der Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG	78
dd) Voraussetzungen der Blauen Karte EU, § 19a AufenthG	79
3. Aufenthaltszwecke nach dem Aufenthaltsgesetz.....	79
a) Aufenthalt zum Zweck der Ausbildung nach §§ 16, 17 ff. AufenthG	79
b) Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit	80
aa) Aufenthalt zur Ausübung einer Beschäftigung, §§ 18, 18a, 18b und § 18c	80
bb) Niederlassungserlaubnis für Hochqualifizierte gem. § 19 AufenthG	81
(1) Allgemeine Tatbestandsvoraussetzungen	81
(2) Zum Personenkreis der Hochqualifizierten	82
(3) Ermessen und Mitwirkung der obersten Landesbehörde	82
(4) Rechtsfolge.....	83
(5) Weitere Regelungen für Hochqualifizierte	83
cc) Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Forschung, § 20 AufenthG	83
dd) Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer selbstständigen Tätigkeit, § 21 AufenthG	84
ee) Aufenthaltserlaubnis für Freiberufler nach § 21 Abs. 5 AufenthG	84
c) Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen	85
d) Aufenthalt aus familiären Gründen gem. §§ 27 ff. AufenthG	86
e) Besondere Aufenthaltsrechte, Abschn. 7	87
4. Aufenthaltsbeendende Maßnahmen	87
a) Die Ausreisepflicht gem. § 50 AufenthG.....	87
b) Rücknahme und Widerruf eines Aufenthaltstitels	88
c) Die Ausweisung nach § 53 ff. AufenthG.....	88
d) Überwachung ausgewiesener Ausländer aus Gründen der inneren Sicherheit	89
V. Der grundrechtliche Schutz der Ausländer	90

1.	Allgemeine Grundrechte der Ausländer	90
2.	Politische Rechte der Ausländer	94
3.	Soziale und wirtschaftliche Rechte von Ausländern.....	96
C.	Zusammenfassung des 1. Kapitels.....	98
2.	Kapitel: Der rechtliche Regelungsrahmen zur Integration in Deutschland	101
A.	Die Rechtslage bzgl. der Integration von Zuwanderern.....	101
I.	§§ 43–45 ff. des Aufenthaltsgesetzes und die Integrationskursverordnung.....	101
1.	Grundangebot Integrationskurs gemäß § 43 ff. AufenthG	102
a)	Inhalt der Integrationskurse nach § 43 Abs. 3 AufenthG i. V. m. § 10 ff. IntV	103
b)	Ausreichende Sprachkenntnisse	104
c)	Abschlusstest.....	105
d)	Kosten und Finanzierung der Integrationskurse.....	105
e)	Evaluation der Integrationskurse nach § 43 Abs. 5 AufenthG.....	106
2.	Begünstigter Personenkreis	107
a)	Anspruchsberechtigte.....	107
aa)	Erlöschen des Anspruchs.....	108
bb)	Ausschluss des Teilnahmeanspruchs.....	108
cc)	Kursteilnahme durch Ermessensentscheidung	109
b)	Teilnahmeverpflichtete im Sinne des § 44a AufenthG.....	109
aa)	Fallgruppen für eine Teilnahmeverpflichtung (§ 44a Abs. 1 AufenthG).....	109
bb)	Verfügbarkeit und zumutbare Erreichbarkeit.....	111
cc)	Verwaltungsakt	111
c)	Nicht-Teilnahmeverpflichtete	112
3.	Rechtsfolgen	113
a)	Verletzung der Teilnahmepflicht.....	113
b)	Erfolglose Teilnahme	113
c)	Vertretenmüssen.....	114
d)	Sanktionen nach § 44a Abs. 3 AufenthG.....	114
e)	Anreize für eine erfolgreiche Teilnahme	116
4.	Bundesweites Integrationsprogramm als Gesamtprogramm.....	116
II.	Bundesvertriebenengesetz	117
III.	§§ 15, 31 SGB II – Sozialrechtliche Integrationsvorschriften	118
B.	Begriffsklärung der Integration.....	120
C.	Ziel und Zweck der Integration	124

D.	Soziologische Aspekte von Integrationsprozessen und Multikulturalität	127
I.	Die sozialwissenschaftliche Debatte über Multikulturalität und Multikulturalismus	127
1.	Multikulturalismuskonzept in den modernen Gesellschaften	127
a)	Begriff von Multikulturalität	127
b)	Multikulturalismuskonzept im angloamerikanischen (Sprach)Raum	129
aa)	Integrationsbedingungen der modernen Gesellschaften	131
(1)	Sozialintegration und Systemintegration	131
(2)	Integration der Zuwanderer in die Struktur und Kultur der Gesellschaft	137
bb)	Kritische Analyse des Multikulturalismusmodells	139
2.	Multikulturalismusdebatte in der Bundesrepublik Deutschland	142
a)	Die politisch-philosophischen Grundlagen des deutschen Multikulturalismus	143
b)	Die Diskussion um die deutsche Leitkultur	147
II.	Darstellung des kulturellen Integrationsprozesses bei den Zuwanderern	150
1.	Integration und Desintegration in den multikulturellen Gesellschaften	150
2.	Grundlegende Integrationsmodelle: Akkulturation und Assimilierung	153
3.	Im Speziellen: Zur Bedeutung der Muttersprache und kultureller Identität bei den Zuwanderern	157
III.	Schlussfolgerungen	162
E.	Die nationale Integrationsaufgabe des demokratischen Staates	163
I.	Integration als Aufgabe der Gesellschaft und des Staates	164
1.	Integration als Aufgabe der Gesellschaft	164
2.	Integration als Staatsaufgabe	164
3.	Die Integration des Zuwanderers als verfassungsrechtliche Pflichtaufgabe	166
a)	Der grundrechtliche Freiheitsaspekt zur Integration	166

b)	Integration als Voraussetzung für die Chancengleichheit und Funktionsfähigkeit des Staates	168
c)	Die Sprache als Integrationsfaktor für den Staat	170
aa)	Der Zusammenhang von Menschenwürde und Sprache	170
bb)	Die deutsche Sprache als Integrationselement.....	172
cc)	Die Ausländer im deutschen Sprachgebiet – Spannungsfeld zwischen Sprachenfreiheit und Territorialprinzip.....	175
II.	Die staatlichen Mittel und die deutsche Integrationspolitik	176
III.	Im Besonderen: Grundlegende Probleme bei der Durchführung der Integrationspolitik.....	183
F.	Zusammenfassung des 2. Kapitels.....	185
3.	Kapitel: Aktuelle Probleme der Ausländerintegration unter Berücksichtigung der Rechtsprechung.....	187
A.	Zugang zu den Bildungseinrichtungen: Schule und berufsbildende Schulen.....	187
I.	Der staatliche Bildungs- und Erziehungsauftrag im freiheitlichen Verfassungsstaat gem. Art. 7 Abs. 1 GG.....	187
1.	Grundlagen eines staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrags in der Schule.....	187
2.	Erziehungsmaßstäbe des GG: das Entfaltungsrecht des Kindes aus Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG	189
3.	Das Recht auf chancengleiche Bildung und Ausbildung (Art. 2 Abs. 1, Art. 3 Abs. 1 und Art. 20 Abs. 1 GG)	191
4.	Ausbildungsfreiheit für Ausländer?.....	193
II.	Landesverfassungsrechtliche Bildungsgarantie	194
III.	Völkerrechtliche Gewährleistung eines Rechts auf Bildung.....	196
IV.	Staatliche Schulaufsicht und religiös-kulturelle Bezüge in der Schule	198
1.	Religionsunterricht als „ordentliches Lehrfach“ (Art. 7 Abs. 3 GG)	198
2.	Recht der Erziehungsberechtigten aus Art. 7 Abs. 2 GG	199
3.	Die spezielle Problematik in Bezug auf die anderen Religionen	201
a)	Einführung des islamischen Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach gem. Art. 7 Abs. 3 S. 1 GG	201
b)	Die Kultursymbole in der öffentlichen Schule	204
V.	Die öffentliche Schule als institutioneller Integrationsfaktor.....	208

VI. Die Rechtslage und Praxis zur Beschulung der Zuwanderer in der Bundesrepublik Deutschland – dargestellt am Beispiel des Bundeslandes Nordrhein–Westfalen.....	209
1. Zur allgemeinen Schulpflicht in Deutschland	209
2. Ausländerspezifische Daten	212
3. Gesetzliche Regelungen zur Schulpflicht in Nordrhein-Westfalen.....	213
4. Die Beschulung der zugewanderten Kinder in der Schulpraxis.....	215
a) Schulformen und Schülerstatistik	215
b) Inhalt der Beschulung zugewanderter Kinder	216
aa) Die Bedeutung der KMK-Beschlüsse bei der Beschulung zugewanderter Kinder	216
bb) Praktische Darstellung der gegenwärtigen Beschulung	218
cc) Im Besonderen: bildungsbezogene Probleme der Zuwandererkinder	220
5. Modellversuche in Richtung Gemeinschaftsschule.....	223
6. Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach.....	227
7. Zusammenfassung	230
B. Verfassungs- und völkerrechtliche Gewährleistungen eines Rechts auf Berufsfreiheit – Zugang zu dem Arbeitsmarkt	233
I. Verfassungs- und völkerrechtliche Grundlagen für die Gewährleistung eines Rechts auf Arbeit und Berufsfreiheit.....	233
1. Das Grundrecht der Arbeits- und Berufsfreiheit im deutschen Grundgesetz.....	233
a) Beruf als zentrales Tatbestandsmerkmal	234
b) Grundrechtsberechtigte	234
c) Erweiterung der Berufsfreiheit für Ausländer.....	236
2. Das Recht auf Arbeit und Berufsfreiheit in den Landesverfassungen.....	239
3. Berufsbezogene Freiheitsgewährleistungen im europäischen und internationalen Recht.....	241
4. Zwischenergebnis: Arbeitsmarktzugang von Drittstaatsangehörigen.....	243
a) Rechtliche Grundlagen.....	243
b) Zulassung der Ausländer zur Beschäftigung	245
II. Die Nicht-Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse als ein Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot	247
III. Im Besonderen: Die „Blue Card“ als ein Mittel zur Überwindung des Arbeitskräftemangels in der deutschen Wirtschaft.....	250

1.	Ziel der Hochqualifizierten-Richtlinie und ihr Anwendungsbereich....	250
2.	Gesetzliche Anforderungen für den Erwerb der Blauen Karte EU.....	251
3.	Richtlinienumsetzung in Deutschland	252
C.	Gesellschaftspolitische Aspekte als wichtiger Integrationsfaktor	256
D.	Einbürgerung als ein weiterer Aspekt des Integrationsprozesses	261
I.	Die Einbürgerungsgesetzgebung und Staatsangehörigkeitsreform 2007.....	262
II.	Die deutsche Staatsangehörigkeit: Status, Erwerb und Verlust	263
1.	Das Rechtsinstitut der Staatsangehörigkeit	263
2.	Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit.....	264
a)	Einbürgerung nach § 8 bis 16 StAG	264
aa)	Einbürgerungsanspruch nach § 10 StAG	264
(1)	Voraussetzungen des Einbürgerungsanspruchs (§ 10 StAG).....	264
(2)	Ausnahmen (§ 10 Abs. 1 S. 2 und Abs. 6 StAG).....	266
bb)	Einbürgerung auf Ermessen nach § 8 StAG	267
(1)	Gesetzliche Voraussetzungen (§ 8 StAG)	267
(2)	Ausnahmen des § 8 Abs. 2 StAG.....	268
cc)	Einbürgerungserleichterung für privilegierte Personen	268
dd)	Rechtsfolge.....	269
3.	Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit	269
III.	Rechtliche Vor- und Nachteile der Einbürgerung	270
IV.	Einbürgerungszahlen und nationalitätenspezifische Unterschiede.....	270
V.	Ist die Einbürgerung Zeichen einer gelungenen Integration?	272
E.	Zusammenfassung des 3. Kapitels.....	274
4.	Kapitel: Die Ausländerintegration in der Russischen Föderation	277
A.	Der rechtliche Rahmen der Zuwanderung in der Russischen Föderation.....	277
I.	Zum Begriff der Zuwanderung	277
II.	Historische Entwicklung der Zuwanderung in der UdSSR und der Russischen Föderation.....	279
1.	Die sowjetische Zeit (1917–1991)	281
2.	Die Migration im gegenwärtigen Russland (seit 1992).....	283
III.	Die gesetzliche Regelung der Zuwanderung in Russland.....	287
1.	Die zwischenstaatlichen Abkommen.....	289
2.	Die grundsätzlichen Normativakte	291

B.	Daten und Fakten zur Situation von Einwanderern in der Russischen Föderation	292
I.	Begriff des Ausländers nach russischem Recht	292
II.	Die Gruppen der Ausländer	293
III.	Zahlen und Fakten zu den in der Russischen Föderation lebenden Immigranten	295
IV.	Die aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen für Ausländer.....	297
1.	Zeitweiliger Aufenthalt, Art. 25.1 FG Nr. 114 FZ i.V.m. Art. 18 ff. RVO Nr. 335.....	297
a)	Die Erteilung eines Aufenthaltstitels.....	297
b)	Allgemeine Voraussetzungen für die Erteilung eines Aufenthaltstitels	298
aa)	Erfüllung der Pass- und Visumpflicht	298
bb)	Sicherung des Lebensunterhalts	298
cc)	Fehlende Ausweisungs- und Versagungsgründe	299
dd)	Besitz der Migrationskarte	299
ee)	Die Registrierung ausländischer Bürger.....	299
2.	Zeitweiliger Wohnsitz, Artt. 6 ff. und 6.1 AuslG.....	300
a)	Erteilung eines Aufenthaltstitels	300
b)	Voraussetzungen der Erlaubnis zum zeitweiligen Wohnsitz	301
aa)	Die Festlegung der Quote.....	301
bb)	Absehen von der Quotenfestlegung	301
cc)	Besitz des Visums	301
dd)	Beantragung einer Erlaubnis zum zeitweiligen Wohnsitz.....	302
ee)	Ausschluss des Freizügigkeitsrechts	302
ff)	Sicherung des Lebensunterhalts	302
3.	Ständiger Wohnsitz, Art. 8 f. AuslG.....	302
a)	Erteilung eines Aufenthaltstitels	302
b)	Voraussetzungen der Niederlassungsbewilligung	303
aa)	Besitz der Erlaubnis zum zeitweiligen Wohnsitz	303
bb)	Nachweis des individuellen Wohnraums.....	303
cc)	Einkommensnachweis.....	303
dd)	Besitz der gesundheitsbezogenen Nachweise.....	303
ee)	Ausschluss der Versagungsgründe oder Entziehung einer Wohnerlaubnis	304
c)	Vor- und Nachteile der Erlangung einer Wohnerlaubnis.....	304
4.	Zwischenergebnis.....	305
5.	Weitere Aufenthaltsw Zwecke in der RF.....	305
a)	Aufenthaltstitel zum Zweck der Erwerbstätigkeit.....	305
b)	Aufenthaltstitel zum Zweck der Ausbildung.....	305

c)	Reguläres humanitäres Visum.....	305
d)	Aufenthaltstitel aus völkerrechtlichen und politischen Gründen.....	306
V.	Rechtsstellung des Ausländers	306
1.	Allgemeine Grundrechte der Ausländer	307
2.	Politische Rechte der Ausländer	308
3.	Soziale und wirtschaftliche Rechte.....	309
C.	Migrations- und Integrationspolitik und aktuelle Rechtsprobleme der Ausländerintegration in der Russischen Föderation	310
I.	Die Migrationspolitik in der Russischen Föderation.....	310
1.	Besonderheiten, Ziele und aktuelle Probleme der Zuwanderungspolitik	310
2.	Die Staatsverwaltung der Migration: Ministerien und ihre Zuständigkeiten	311
II.	Die Integrationspolitik in der Russischen Föderation	312
1.	Politische und wissenschaftliche Strategien der Integrationspolitik	312
2.	Das Rückkehrprogramm als Instrument der Integration?	313
3.	Die Einbürgerung als Teil des Integrationsprozesses	315
a)	Die Einbürgerungsgesetzgebung in der Russischen Föderation	315
b)	Die russische Staatsangehörigkeit: Status, Erwerb und Verlust.....	317
aa)	Das Rechtsinstitut der Staatsangehörigkeit	317
bb)	Erwerb der russischen Staatsangehörigkeit	317
(1)	Einbürgerung nach Artt. 13 und 14 StAG-RF	318
(a)	Allgemeine Regelungen	318
(b)	Einfache Regelungen	319
cc)	Verlust der russischen Staatsangehörigkeit	320
c)	Einbürgerungszahlen und nationalitätenspezifische Unterschiede.....	320
III.	Die rechtliche Problematik der Ausländerintegration in Russland.....	321
1.	Der Zugang zum Arbeitsmarkt	321
a)	Verfassungsrechtliche Garantien der Arbeits- und Berufsfreiheit.....	321
b)	Die Einstellung ausländischer Arbeitnehmer in Russland	321
c)	Quote für die Erteilung der Arbeitseinladung und -erlaubnis	322
d)	Besonderheiten der Berufstätigkeit	323
e)	Hochqualifizierte ausländische Spezialisten	324
f)	Die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse in Russland.....	326
2.	Der Zugang zu den Bildungseinrichtungen in der Russischen Föderation.....	328
a)	Das Recht auf Bildung.....	328
b)	Gesetzliche Regelung.....	329

c)	Allgemeine Schulpflicht in Russland	330
d)	Das russische Schulsystem.....	331
e)	Beschulung der Migrantenkinder in den russischen Schulen.....	332
aa)	Statistische Angaben	332
bb)	Inhalt und praktische Darstellung der Beschulung.....	334
cc)	Problematik der Beschulung der Migrantenkinder in der RF	335
f)	Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen	337
3.	Gesellschaftliche und politische Aspekte der Integration.....	338
IV.	Perspektive: Unentbehrlichkeit der Vervollkommnung und Europäisierung der Gesetzgebung	339
D.	Zusammenfassung des 4. Kapitels	342
5.	Kapitel: Vergleich der gefundenen Ergebnisse	345
A.	Methodik der Rechtsvergleichung.....	345
I.	Gegenstand der Rechtsvergleichung	345
II.	Aufgaben der Rechtsvergleichung.....	345
III.	Formen der Rechtsvergleichung	346
IV.	Prozess der Rechtsvergleichung.....	347
B.	Rechtsvergleichende Untersuchung und Bewertung.....	348
I.	Allgemeines	348
II.	Einzelfragen	350
1.	Sprachkenntnisse.....	350
a)	Stand.....	350
b)	Bewertung	351
2.	Zugang zur Aus(Bildung) und Bildungsdefizite	353
a)	Stand.....	353
b)	Bewertung	355
3.	Zugang zum Arbeitsmarkt	356
a)	Stand.....	356
b)	Bewertung	359
4.	Anerkennung ausländischer Hochschul- und Berufsabschlüsse	362
a)	Stand.....	362
b)	Bewertung	363
5.	Keine Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Sprache, Religion und Rasse	364
a)	Stand.....	364
b)	Bewertung	368
6.	Politische Rechte.....	369
a)	Stand.....	369

b)	Bewertung	370
7.	Akzeptanz der Kultur und Struktur der Aufnahmegesellschaft	372
a)	Stand	372
b)	Bewertung	375
8.	Bewahrung der eigenen Identität	376
a)	Stand	376
b)	Bewertung	378
9.	Einbürgerung	379
a)	Stand	379
b)	Bewertung	381
10.	Abschließende Bewertung	383

Literaturverzeichnis	389
----------------------------	-----

Verwendete Internetressourcen	421
-------------------------------------	-----

Anhang	423
--------------	-----